29,7 Milliarden Franken sind nicht genug

Die beiden Basel fordern vom Bund mehr Engagement in der Hochschulförderung.

Zara Zatti

Der Bund plant für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) 29,7 Milliarden Franken zu investieren. Dies für die Jahre 2025-2028, also rund siebeneinhalb Milliarden pro Jahr. Bis zum 24. September läuft die Vernehmlassung zur Botschaft des Bundesrats. Bis dahin können interessierte Kreise ihre Meinung äussern. Und das haben die beiden Basel getan. Ihnen ist der vorgesehene Betrag des Bundes zu tief.

In einer Medienmitteilung fordern die beiden Kantone «dringend eine Aufstockung der Mittel für die Hochschulen und erinnern den Bund an seine Verantwortung gegenüber Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung.»

Steigende Anzahl Studierender

Die beiden Basel anerkennen zwar, dass die «finanzielle Lage des Bundes angespannt ist.» Dennoch erachten sie eine stärkere Beteiligung an der Qualität von Bildung, Forschung und Innovation als «unumgänglich.»

Die Botschaft des Bundesrates sehe ungenügende Mittel vor. An den Universitäten würden gemäss Prognosen des Bundes in diesen Jahren jeweils 1,5 Prozent mehr Studierende erwartet. Für die Fachhochschulen werde jedes Jahr ein Studierendenwachstum von 1,4 Prozent prognostiziert. Hinzu komme die erwartete Teuerung. «Die stagnierenden Bundesbeiträge reichen bei weitem nicht aus, um diese steigenden Kosten zu kompensieren», heisst es in der Mitteilung.

Einen Rückgang der Bundesbeteiligung befürchten die beiden Basler Halbkantone auch bei den Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung, wie etwa dem Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut. Dessen Hauptsitz befindet sich in Allschwil. «Wir gehen davon aus, dass sich der Bund seiner bereits eingegangenen Verpflichtungen bewusst ist und die steigenden Kosten dieser Institutionen mitträgt.»